

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 21. November.

Die 25. Plenarsitzung des Reichstages wird vom Präsidenten Dr. Simson um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen eröffnet.

Den ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildet folgende Interpellation:

1) Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Fürstenthum Lippe-Deimold durch eine landesherrliche Verordnung vom 6. September 1871 die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs verletzt worden sind? 2) Ist dem Herrn Reichskanzler ferner bekannt, daß Abtheilungen des deutschen Reichsheeres im Fürstenthum Lippe-Deimold ohne vorgehende Requisition der zuständigen Polizeibehörde zum Einschreiten gegen dortige Staatsangehörige gebraucht wurden? 3, Welche Schritte gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber diesem, den Bestimmungen der Paragraphen 2 und 66 der Reichsverfassung zuwiderlaufenden Vorgehen der Fürstlich Lippe'schen Regierung zu ergreifen?

Der Interpellant Abg. Erhardt begründet diese Interpellation zunächst unter Hinweis auf die tatsächlichen Anordnungen der Lippe'schen Regierung.

Alles, was hier vorliege, zeige, daß der Fürst von Lippe eine unendliche Vorliebe für das edle Werk habe, die ihn dahin geführt, vereinbarte Gesetze durch Verordnung wieder aufzuheben. Seit dieser Verordnung bestehen fortwährende Differenzen in Lippe über die Jagdberechtigung. Rechtliche Gutachten seien ein Beweis dafür, daß die Verordnung nicht zu Recht bestehe, daß die Lippe'schen Unterthanen berechtigt seien, auf civilrechtlichem Wege ihre Rechte zu wahren. Was der Fürst thue, stehe auch im Widerspruch mit dem Strafgesetzbuch. — Noch mehr, man habe Militär benützt, um das widerrechtliche Vorgehen der Lippe'schen Regierung mit Gewalt zu unterstützen und hierfür lägen authentische Thatfachen vor, welche die schwere Verletzung des Strafgesetzbuchs, dessen Einführungsgesetzes und der Reichsverfassung klar darthun. Gestern sei nun die Nachricht gekommen, die Fürstliche Regierung habe „in Gnaden“ die verhängten Strafen erlassen, sie, die selbst der Gnade bedürfe! Truppen, die eben aus dem Kriege zurückgekommen, habe man gemißbraucht zum Hohenjagd: so stehe es in Lippe! Eine heut eingegangene Verfügung der Lippe'schen Regierung vom 17. November versuche die Sache wieder gut zu machen, das mache aber die Interpellation nicht unnütz.

Staatsminister Delbrück: Zu der ersten Frage habe ich dahin zu antworten, daß die Lippe'sche Gesetzgebung dem Reichskanzler durch die Interpellation bekannt geworden ist und daß er die Regierung um Beseitigung der Widersprüche ersucht hat. Betreffs der zweiten Frage sei zu bemerken, daß die Reichsverfassung die Requisition des Militärs von einer zuständigen Behörde der Lippe'schen Regierung nicht verbietet. Uebrigens ist der Hauptmann Kronmeyer kein Offizier des Heeres, sondern Hauptmann der Lippe'schen Gendarmen.

Abg. von Hennig beantragte Fortsetzung der Debatte auf Grund des §. 31. Die Debatte wird fortgesetzt.

Abg. Braun (Gera): Die Reichsregierung ist zwar bereits eingeschritten und hat Erfolg gehabt; aber der Mißbrauch, der am meisten zu tadeln ist, ist der, den man aus reinem Geldinteresse mit dem deutschen Heere getrieben hat. Es handelt sich hier um eine Art von Jagdregel, in Folge dessen es schließlich die Hasen und Rehe besser haben in jenem Lande, als die armen geschundenen Bauern. (Hoh! rechts. Sehr wahr! links.) Ob Kronmeyer Gendarmen-Offizier ist, oder nicht, ist gleich: das Heer ist mißbraucht worden zu polizeilichen Zwecken ohne richterliche Genehmigung. Ein solcher Freischauslerkrieg darf nicht geduldet werden und wir haben dafür zu sorgen, daß nicht ferner die Ehre der deutschen Nation verärgert geschädigt wird. (Beifall.)

Abg. Hausmann (Lippe) charakterisirt mehrere Lippe'sche Verordnungen als grobe Rechtsverletzungen, so giebt es Verordnungen, welche die Verfassung und deren Gesetze von 1851 im Jahre 1854 wieder aufhoben, „weil sie durch Revolution aufgedrungen wären.“ (Heiterkeit.) Die Bevölkerung hat vergeblich im Wege des Rechts sich zu helfen gesucht; jetzt muß das Reich einschreiten.

Abg. v. Dheimb: Die Lippe'sche Regierung hat nicht die Verfassung aufgehoben, sondern nur das Wahlgesetz von 1849 (Heiterkeit), und das mit Recht. In Konsequenz mit diesem Schritt hat man natürlich nachher verfahren müssen, ohne aber dabei Ungeheuerlichkeiten zu begehen. Soweit ich an der Spitze der Lippe'schen Regierung gestanden habe, muß ich dagegen protestiren, daß von mir irgend eine Verfassungsverletzung ausgegangen sei.

Abg. Bebel: Die Interpellation wird nichts bessern; die Beschwerden, die hiergegen Lippe erte-

nen, kann ich auch gegen Sachsen erheben. Wir wundern uns nicht, wenn man uns nicht gern sieht; aber man muß uns doch zu wirken gestatten innerhalb der Gesetze. Vor Allem das Versammlungsrecht. Präsident Simson: Dieses gehört nicht zum vorliegenden Gegenstande.

Abg. Bebel: Da mir die Illustration der den Lippe'schen Verhältnissen ähnlichen nicht gestattet wird, so verzichte ich auf's Wort und werde eine bessere Gelegenheit erwarten.

Abg. Schulze (Berlin): Eine bessere und dringendere Ursache zum Einschreiten kann es für den Bundesrath nicht geben, wenn er nicht in die schmachvollen Verhältnisse des alten Bundes zurückfallen will. (Sehr wahr.) Aber denken Sie an die Hauptsache: Welches Schamgefühl muß unsere Soldaten ergreifen, wenn sie zu einer solchen Farce mißbraucht werden? Derartiges darf man nicht dulden.

Abg. Braun: Der Unterschied, den Herr von Dheimb zwischen Wahlgesetz und Verfassung gemacht, ist willkürlich; man darf das erstere nicht oktroyiren, ohne die letztere umzustürzen.

Abg. Hausmann führt noch einige Beispiele Fürstlich Lippe'scher Willkür an und wiederholt die Bitte an den Bundesrath um Abhilfe.

Nachdem v. Dheimb kurz replicirt hat, wird die Debatte geschlossen.

Es folgt die Berathung des Entwurfs, betreffend die Einführung der Maß- und Gewichtsordnung für den norddeutschen Bund in Baiern.

Die erste Berathung veranlaßt keine Debatte. Die Abgg. Harnier und Günther beantragen, die zweite Berathung aufzuschieben bis zur Behandlung mehrerer wichtiger den Gegenstand betreffenden Petitionen.

Abg. Braun (Gera) hält die Verbindung des Petitionsberichts mit der dritten Berathung für besser.

Minister v. Pferschnner bittet gleichfalls, die zweite Berathung nicht zu verzögern, worauf Harnier der Ansicht Braun's beitrifft.

Abg. Crämer beantragt eine im wesentlichen redaktionelle Aenderung im §. 3, mit der Minister v. Pferschnner sich nicht einverstanden erklärt vom Standpunkt der bayerischen Regierung; der Bundesrath habe sie allerdings nicht acceptirt.

Nach einer kurzen Debatte, in welcher v. Stauffenberg den bayerischen Standpunkt des durch den Antrag berührten Verifikationsystems, Braun (Gera) und Staatsminister Delbrück den des norddeutschen Eichungssystems vertrat, wird der Antrag Crämer abgelehnt und das Gesetz unverändert genehmigt.

Der Entwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf für die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen in einer Summe von 11,440,000 Thlr. veranlaßt Lasker darauf hinzuweisen, daß gerade durch die Eisenbahnen die neuen Provinzen mit den alten so eng als möglich zu verbinden seien; man müsse also auch stets vermeiden, die Bahnen durch fremde Gebiete umwege machen zu lassen. — Der Entwurf wird ohne weitere Debatte genehmigt, desgleichen der Entwurf, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Etat für 1871, die Einführung der Gesetze über die Quartierleistung und die Unterstützung der Familien der Ersatzreserve in Baden.

Beim Gesetzentwurf, betreffend die Einführung des Reichswahlgesetzes in Baiern, fragt Dove an, wie es in Baiern mit den norddeutschen Bestimmungen über die Einziehung der Theologie Studierenden gehalten werden solle? Faktisch seien diese im Frieden vom Dienste befreit. Es sei wünschenswerth, daß die Theologen ebenfalls diese nationale Erziehungsschule durchmachen, so lange sie noch dazu herangezogen werden könnten; sonst würden sie zu sehr von den nationalen Ideen und der nationalen Erziehung abgeschlossen bleiben.

Minister v. Noon: Ich bin mit dem Vorredner völlig einverstanden, weiß aber nicht, daß irgend welche Ausnahmen zu Gunsten der Theologen gemacht würden.

Abg. Marquardt'sen weist darauf hin, daß in Baiern nicht nur die Theologen evangelischer und katholischer Konfession, sondern auch die der israelitischen gewisse Exemptionen genießen bei der Einziehung zum Kriegsdienst.

Abg. v. Mallinckrodt: Ich bitte um Auskunft, ob etwa der Herr Bundeskommissar die Absicht hat, die Rabinatsordres über diesen Gegenstand zu ändern. Ich bitte um eine bestimmte Antwort!

Graf Noon: Ich beuge keineswegs die Absicht, an den gesetzlichen Bestimmungen zu rütteln; ich kann aber nur wiederholen, daß der Dienst im Heere den jungen Theologen sehr nützlich ist.

Abg. v. Mallinckrodt: Das ist keine bestimmte Antwort.

Graf Noon: Die Unbestimmtheit der Antwort hat ihren Grund in der Unbestimmtheit der Frage. Auf eine bestimmte Interpellation wird der Herr Ab-

geordnete eine so bestimmte Antwort erhalten, als er nur verlangen kann.

In der Spezialdebatte zu §. 1, der die Einführung der norddeutschen Gesetze über die Wehrpflicht in Baiern vorbehaltlich der Verträge von Versailles ausspricht, erklärt sich Abg. Greil gegen diesen Paragraphen, weil der Antrag auf Einführung des Gesetzes nicht von den bayerischen Kammern, überhaupt nicht auf gesetzmäßigem Wege, bestätigt sei.

Staatsminister v. Lutz: Die bayerische Regierung hat nicht die Absicht, ihre aus dem Versailler Vertrage hervorgehenden Rechte so weit zu betonen, daß sie dem Reichstag nicht das Recht zugestünde, Aenderungen auf verfassungsmäßigem Wege zu machen. (Sehr gut.) Wenn die Herren von der Partei des Herrn Greil nicht mit dem Verfahren des Ministeriums einverstanden sind, so steht es ihnen frei, von ihren konstitutionellen Rechten gegen uns Gebrauch zu machen! (Sehr gut.) Außerdem aber steht in der Frage der Wehrverfassung der bayerischen Regierung kein Sonderrecht zu, sobald das Reich die Frage definitiv entscheiden will. (Bravo!)

Abg. Lasker: Ich freue mich über diese Stellung der bayerischen Regierung, die willig übereinstimmt mit Aeußerungen des Staatsministers Delbrück bei Berathung der Verfassung. Nicht die Zustimmung der Kammern, sondern die der Stimmen im Bundesrathe ist nöthig zu derartigen Anträgen, sonst hätten wir es nicht mit verfassungsmäßigen Beschlüssen, sondern mit Verträgen zu thun. Alle Vorrechte Baierns sind so deutlich dargestellt in den Verträgen und der Verfassung, daß kein Irrthum möglich ist über diese Frage der Wehrverfassung. Wir aber müssen uns dagegen verwahren, daß man für die Einzellandtage das weitgehende Recht einer Aenderung daran arrogirt.

Abg. Windthorst verteidigt die Ansicht, daß die verfassungsmäßige Zustimmung Baierns nur erfolgen könne durch Regierung und Kammern dieses Staates. Die Verfassung beruht auf Verträgen und kann nur durch solche geändert werden. (Ala!)

Abg. v. Stauffenberg: Der große Unterschied zwischen der Zeit des alten deutschen Bundes und heute ist der, daß wir heute eine Reichsverfassung haben, durch welche mit Zustimmung des Reichstages und der Bundesregierungen Gesetze gemacht werden, welche allen Landesgesetzen vorgehen, deshalb paßt die angeführte Analogie ganz und gar nicht hierher. Ich habe vom ersten Augenblicke an auch nicht den Schein eines Zweifels darüber gehabt, daß die heute vom bayerischen Bevollmächtigten vertretene Ansicht in dieser Sache die allein richtige und maßgebende sei. Es handelt sich hier keineswegs, wie der Vorredner meint, um eine Ausdehnung der Kompetenz des Bundes. Das Kriegsdienstgesetz des norddeutschen Bundes ist nichts weiter als die Ausföhrung derjenigen Bestimmungen, welche bereits in der Reichsverfassung enthalten sind, und hat mithin in Baiern bereits Geltung. Es soll nur durch dies Gesetz, nachdem in Baiern bereits die Wehrverfassung den Bestimmungen der Artikel 57 und 59 der Reichsverfassung entsprechend geregelt ist, die schon vorhandene materielle Uebereinstimmung vollständig und formell zum Ausdruck gebracht werden.

Abg. Greil: Welche Auffassung beim Abschluß der Versailler Verträge obgewaltet hat, kann für die Volksvertretung kein irgendwie bestimmendes Argument sein. Wenn der Reichstag die verfassungsmäßige Beschlußnahme jedes Bundesstaates über die Genehmigung der Reichsverfassung gelten ließ, so wird er sie auch in Bezug auf diese Vorlage gelten lassen müssen.

Abg. Lasker: Der Präsident des Bundeskanzleramts hat sich bei den betreffenden Verhandlungen im norddeutschen Reichstage so klar und deutlich für die heute von dem bayerischen Minister vertretene Ansicht ausgesprochen, wie dies überhaupt nur möglich ist. (Redner verliest die betreffende Aeußerung im stenographischen Bericht.) Der Abg. Windthorst aber, der heute gegen diese Ansicht Widerspruch erhebt, war damals anwesend und hat geschwiegen.

Württembergischer Bundesbevollmächtigter v. Mittnacht: Wenn vorhin von dem Abgeordneten Lasker auf eine Aeußerung von mir in der württembergischen Kammer Bezug genommen wurde, wonach unter Zustimmung des berechtigten Bundesstaates im Artikel 78 der Reichsverfassung nicht bloß die Zustimmung der Regierungen, sondern auch der Stände zu verstehen sei, so muß ich diese Bezugnahme als nicht richtig bezeichnen (Hört!). Die Sache verhält sich so: die Kommission der Kammer der Abgeordneten hatte die Frage angeregt und sich dahin ausgesprochen, es solle die Entscheidung über beide entgegenstehende Ansichten einem späteren Falle vorbehalten bleiben. Darauf habe ich die von dem Präsidenten des Bundeskanzleramtes in der Sitzung des norddeutschen Reichstages, der ich auf der Galerie bewohnte, vertretenen Ansicht angeführt und mei erseits gesagt: durch den Beschluß

der Kommission ist das Recht der Auslegung der Ständerversammlung gewährt. Ich habe keinen Anlaß, dieser Wahrung entgegenzutreten, es versteht sich aber von selbst, daß damit auch der Regierung das Recht ihrer Auslegung vorbehalten ist. Ich hatte nicht die Ansicht der Kommission, sondern eine andere, und habe mich vorsichtig, aber (wie Referent bei der lauten Heiterkeit des Hauses zu verstehen glaube) deutlich ausgedrückt.

Nach einem lebhaften Diskurs zwischen Windthorst und Lasker bemerkt Abgeordneter Böhl: In der bayerischen Kammer hat man sich nicht so vorsichtig ausgedrückt und ist in keiner Weise ein Zweifel darüber gewesen, daß die vom bayerischen Minister heute vorgetragene Ansicht allein die maßgebende sei. Ja, wenn ich nicht irre, so haben auch gerade unsere Gegner, die Vertreter der damaligen Minorität in der Kammer diesen Punkt als Argument gegen die Annahme der Reichsverfassung betont und angegriffen. (Hört!)

§. 1 der Vorlage wird darauf mit großer Majorität vom Hause angenommen.

Zu §. 2 befürwortet Abgeordneter Valentin sein Amendement (betreffend den Fortfall der für die Entlassung zu zahlenden Stempelgebühr). Der bayerische Bundesbevollmächtigte v. Pferschnner bemerkt, die Annahme dieser Bestimmung habe seine Begründung in dem zufälligen Umstande, daß die Bestimmungen der bayerischen Tax- und Stempel-Gesetzgebung in den einzelnen Rechtsgebieten zerstreut liegen. Gegen das von dem Abgeordneten v. Stauffenberg befürwortete Amendement bemerkt:

Bundesbevollmächtigter v. Lutz: Eins der wesentlichsten Interessen, das die Einführung des Kriegsdienstgesetzes in Baiern wünschenswerth mache, ist die Herstellung der militärischen Freizügigkeit zwischen dem deutschen Reiche und Baiern. Dies Interesse würde durch die Annahme des Stauffenberg'schen Antrages in hohem Maße gefährdet werden.

Präsident Delbrück befürwortet im Interesse der gleichmäßigen Ausbildung des Bundesheeres im ganzen deutschen Reiche gleichfalls die Ablehnung des Stauffenberg'schen Amendements.

Die Anträge Valentins und v. Stauffenbergs werden angenommen, ersterer in namentlicher Abstimmung mit 148 gegen 102, desgleichen der §. 3 der Vorlage.

Um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr vertagt sich das Haus bis Dienstag 11 Uhr (Budget, Reichsgoldmünzen).

Die Volkszählung im deutschen Reiche.

In den letzten Tagen des Novembers d. Js. werden tausende und aber tausende freiwilliger Briefträger an die Thür der Wohnungen ihrer Mitbürger klopfen, um denselben so viele, in einem offenen Zählbriefe eingeschlagene, Zählkarten zu übergeben, wie die Familien Personen umfassen.

Diese Zählbriefe und Zählkarten sind als Handwerkszeug für die Volkszählung, welche am 1. Dezember im ganzen deutschen Reiche, von der Memel bis zur Mosel bei Metz und von der Rheinsee bis zum Bodensee, einem Gebiete von ca. 10,000 Quadratmeilen stattfinden wird. Jede Familie im preussischen Staate erhält einen solchen Brief, und jeder Familienvorstand wird darin ersucht, für sich und jeden seiner Angehörigen auf eine kleine Karte Namen, Geschlecht, Alter, eruf, Schulbildung, Religionsbekenntniß u. s. w. zu schreiben, diese Karte aber dem, der den Brief gebracht, am 1. oder 2. Dezember zurückzugeben. Solcher Briefträger werden in Preußen allein an diesen Tagen gegen 120,000 auf den Beinen sein; eine förmliche Armee, wohl geordnet und gegliedert, und aus Männern aller Stände und Berufsreise, von dem höchsten bis zu dem niedrigsten, bestehend, sämmtlich von der Ueberzeugung erfüllt, an einem großen patriotischen Werke mitzuwirken. — So ist es in der That.

Die Volkszählung ist unstreitig eins der besten Mittel der Nation, sich selbst kennen zu lernen. Wie der ordentliche Kaufmann alljährlich seine Inventur aufmacht, um den Bestand seines Vermögens zu ermitteln, so müssen Staaten von Zeit zu Zeit ihre Bewohner zählen, um sich daraus über ihre wahre Größe und Bedeutung zu unterrichten. Wenn das zuviel gesagt scheint, der möge nur daran denken, daß der Volksmund kein besseres Maß für die Wichtigkeit der Orte, Gemeinden, Kreise, Provinzen, Staaten besitzt, als ihre Einwohnerzahl.

Eben so ist Volkzzahl das Maß der Stärke und der Kraft der Nationen. Aus der Zählung weiß man, wie viel unter hundert Bewohnern streitbare Männer zu sein pflegen Vorausgesetzt daß sie in Waffen wohlgeübt sind, bestimmt deren Zahl die Widerstandsfähigkeit gegen feindliche Angriffe auf das Staatsgebiet, das sie bewohnen. Wie sehr unser engeres Vaterland Preußen an Stärke gewonnen hat, giebt sich in Folgendem zu erkennen. Im Jahre 1820 war die Bevölkerungszahl 11,272,000; im Jahre

1830 12,988,000; im Jahre 1840 14,928,500; im Jahre 1850 16,608,000; im Jahre 1860 18,262,600; im Jahre 1870 wird sie e. 24,360,000 betragen haben, da sie sich Ende 1867 in den alten und neuen Landesstellen schon auf 23,971,400 Seelen belief. Die Vermehrung war also in abgerundeten Ziffern von 1820—30 1,716,000; von 1830—40 1,940,000; von 1840—50 1,676,500; von 1850—1860 1,654,600; von 1860—1870 6,098,000 und von 1820—1870 12,699,400 Einwohner. Die Thatfache, daß das geringste Deutschland jetzt mehr als 40 Millionen Bewohner zählt und daß hiervon auf Preußen allein über 24 Millionen fallen, zwingt unsere Nachbarn, fortan mit uns hübsch Frieden zu halten und lehrt ihnen zugleich, wessen sie sich zu versehen haben, falls sie das Gegentheil gelüsten sollte.

Deutschland.

Berlin, 19. November. Dem Reichstag ist folgender Antrag des Abg. Rosland zugegangen: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Anschluß an die bezüglichen Bestimmungen dieses Gesetzes, dem nächsten Reichstage ein Gesetz zur Regelung der Ausgabe von Staats-Papiergeld vorzulegen.“

Die Abgeordneten v. Freeden und Behrenspennig beantragen: Der Reichstag wolle beschließen: Dem nächsten Reichstag eine ausführliche Denkschrift vorzulegen, in welcher mit Bezug auf den Grundungsplan von 1867 und die dafür vorgesehene Durchschnittsausgabe von jährlich 8 Millionen namentlich erörtert wird, a. wie weit der Plan bis Ende 1871 ausgeführt ist; b. welche Aufwendungen für Vollendung der Kriegshäfen, Werften und Befestigungen noch erforderlich sind; c. welche Mittel hiernach für den Schiffsbau übrig bleiben und in welcher Weise man dieselben mit Rücksicht auf die bisher gesammelten Erfahrungen zu verwenden und auf die verschiedenen Schiffsklassen und ihre Unterabteilungen zu verteilen gedenkt.

General v. Stosch ist, wie mitgeteilt wird, zum Marineminister bestimmt und der als Direktor der Marine-Abteilung fungierende Admiral Sachmann tritt zurück.

In letzter Zeit lief durch verschiedene Blätter die Nachricht, daß die vormalige Königin von Hannover zur römisch-katholischen Kirche übergetreten sei, wurde aber von dem „Hannoverschen Tageblatt“ und der „Hannoverschen Landeszeitung“, zwei Befehlshältern, dementirt. Jetzt meldet indessen auch die „Voce della verita“, ein in Rom erscheinendes Jesuitenblatt, daß der Uebertritt der Königin zur katholischen Kirche wirklich erfolgt ist.

Der bairische Antrag auf Erlass einer besonderen Strafbestimmung gegen Geistliche wegen Kanzenmißbrauchs ist in der gestrigen Sitzung des Bundesraths genehmigt worden und wird heute Abend im Reichstage zur Vertheilung kommen. — Da auch der Bericht der Kommission für das Rayongesetz festgestellt ist und der Präsident Dr. Simson das Gesetz noch auf die Tagesordnung des Reichstags bringen will, so hat man sich darauf gefaßt zu machen, daß die Session desselben sich noch über die ersten Tage der nächsten Woche ausdehnen, also ebenso lange mit der Session des Landtages zusammenfallen wird.

Unter den wichtigeren Vorlagen, welche für die bevorstehende Landtagssession vorbereitet werden, wird auch noch eine Hypothekenordnung u. d. eine Umarbeitung der Substitutionsordnung genannt. Erstere wird zuerst an das Herrenhaus gelangen. Was die Civilische betrifft, so ist eine Entscheidung des gemeinsamen Staatsministeriums über den dem Landtage vorzulegenden Gesetzentwurf noch nicht erfolgt. Wie die „Frk. Pr.“ erfährt, ist es die Absicht, im Falle die Vorlegung eines Unterrichtsgesetzes nicht erfolgt, die Frage der Einsetzung von Kreisfiskalkommissionen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Reform der Kreisordnung zu erledigen.

Coblenz, 20. November. Ihre Majestät die Kaiserin wird heute dem Kronprinzlichen Paare in Wiesbaden einen Besuch abstatten und zugleich die dortigen Wohltätigkeitsanstalten besichtigen. Die Kaiserin kehrt heute hierher zurück. Die Rückreise nach Berlin, auf welcher ein kurzer Aufenthalt in Kassel und Weimar genommen werden wird, soll den bis jetzt vorliegenden Bestimmungen zufolge für den 27. d. beabsichtigt sein.

Wiesbaden, 20. November. Die Kaiserin Augusta ist zum Besuche des Kronprinzlichen Paares hier eingetroffen. Der morgige Geburtstag der Kronprinzessin wird auf Schloß Stolzenfels gefeiert werden.

Russland.

Wien, 17. November. Vor einigen Tagen deutete ich Ihnen bereits an, daß Freiherr v. Kellersperg Anstand nehme, für Galizien eine aus dem Rahmen der Verfassung und aus dem durch dieselbe bedingten Verhältnisse der Kronländer untereinander heraus tretende Autonomie einzuräumen und darum einen besonderen Minister für Galizien als überflüssig erachte. Heute kann ich hinzufügen, daß er mit dieser Ansicht nicht durchgedrungen ist; aber ich muß, entgegengegesetzten Behauptungen gegenüber, wiederholen, daß Graf Andrassy in die betreffende Diskussion sich nicht eingemischt hat. Freiherr v. Kellersperg sah sich nicht veranlaßt, das Programm in Bezug auf die Behandlung Galiziens, dessen Landtag er nöthigenfalls aufgelöst hätte, um direkte Wahlen auszusprechen, zu modifiziren,

und gab gestern die ihm anvertraute Mission in die Hände des Kaisers zurück. Die cisleithanische Ministerkrisis hat somit aufs Neue begonnen.

18. November. Das Ministerium Kellersperg, obwohl von der öffentlichen Meinung mit den größten Sympathien begrüßt, wird zu den Todten gelegt, ehe es noch lebendig geworden. Mittwoch Abend galt das Ministerium Kellersperg noch als gesichert und der präsumtive Chef desselben unterhandelte mit mehreren Personen wegen Uebernahme der verschiedenen Portefeuilles. Donnerstag früh wurde ihm bedeutet, daß der Kaiser seinen Antrag wegen Auflösung der illegalen Landtage von Mähren, Krain, im Oberösterreich nicht acceptire und Freiherr von Kellersperg gab darauf die ihm übertragene Mission in die Hände des Kaisers zurück und verließ Wien noch an demselben Tage. Alle diese Vorgänge beweisen nur, daß man an höchster Stelle nicht den Ausgleichsgedanken als solchen, sondern nur die Form, in der ihn Hohenzwart durchsetzen wollte, fallen gelassen hat und ihm auch jetzt im Programme des neuen Ministeriums einen Platz eingeräumt sehen will. Wer jetzt mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden wird, ist bis jetzt noch ein Geheimniß; unglaublich ist es jedenfalls, daß diese Mission, wie Einige behaupten, dem Grafen Goluchowski zufallen soll, da man in diesem Falle ja ebenfogut den Grafen Hohenzwart zurückrufen könnte. Graf Andrassy läßt durch seine Organe auf das Entschiedenste dementiren, daß er sich in die cisleithanische Krise zu mischen die Absicht habe. Seiner Zeit hat dies auch Graf Beust gethan, damit aber ebenso viel Glauben gefunden, wie sein Nachfolger. Thatfache ist es übrigens, daß Graf Andrassy persönlich mit den Polenfürhern verkehrt, welche in Wien versammelt sind, um über die Lösung der „galizischen Frage“ zu verhandeln, und daß sie es laut aussprechen, daß sie in dem Grafen Andrassy einen mächtigen Protektor gefunden haben. Von dem Grafen Beust erzählt man sich, daß er in den maßgebenden Regionen auffallend rasch wieder in Gunst gekommen zu sein scheint.

Wien, 20. November. Graf Beust hat dem Kronprinzen Rudolph und den Erzherzogen Karl Ludwig und Albrecht Abschiedsbefuche abgestattet und wird sich Ende dieser Woche auf seinen neuen Posten nach London begeben.

Fürst Adolf Auerberg ist mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt.

Peft, 20. November. Nach dem „Pester Lloyd“ ist das Circularschreiben des Grafen Andrassy an die Vertreter der österreichisch-ungarischen Monarchie im Auslande bereits abgegangen. Den wesentlichen Gegenstand des kurz gehaltenen Schreibens bildet die Erklärung, daß die auswärtige Politik Oesterreichs keine Aenderung erleiden solle.

Paris, 18. November. Ein Dekret des Präsidenten der Republik unterdrückt die beiden konpartistischen Blätter „Pays“ und „Avenir Liberal“. Diese Maßregel wird heute Abend von allen Zeitungen ohne Ausnahme getadelt und nicht allein als eine Verletzung der Pressefreiheit, sondern auch als ein politischer Fehlgriß bezeichnet. Beide Blätter hatten wenig Leser, übten sicher keinen großen Einfluß aus und die heftigen Artikel der Herren Paul de Cassagnac und Ernest Dreolle waren gewiß keine Gefahr für die Regierung. Aber, wie ich Ihnen vor einigen Tagen schrieb, Herr Thiers hat eine entsetzliche, beinahe lächerliche Angst vor den Bonapartisten. Er glaubt auf die Träne der 7000 Stadtvergeanten und 10,000 Munizipalparlaments rechnen zu können, wenn es sich darum handelt, einen Putsch der „Noth“ abzuwehren, aber den Bonapartisten gegenüber ist er dieser Leute natürlich nicht so sicher. Daraus erklärt sich, daß er den „Rappel“, die „Konstitution“, den „Radical“ u. s. w. ungestört läßt, welche der Menge täglich die wahrhaftigsten Doctrinen à la Bebel vorpredigen, während er die bonapartistische Presse unterdrückt. In dieser Beziehung ist es bezeichnend, daß das betreffende Dekret von Herrn Thiers unterzeichnet und von dem Ministern Casimir Perrier und General Cissay gegengezeichnet ist, obgleich es sich nur auf das Gesetz vom 11. August 1849 bezieht, welches die Befugnisse der Militärbehörde während des Belagerungszustandes regelt. Es wäre demnach Sache des Generals Ladmiraunt, Gouverneurs von Paris, gewesen durch einen einfachen „Beschluß“ (arreté) die Suspendirung jener Blätter auszusprechen, wie er dies vor einigen Monaten auch betreffs der radikalen „Verite“ gethan hat. Aber General Ladmiraunt hat sichern Vernehmen nach Herrn Thiers erklärt, er könne nur Unterdrückung des „Pays“ und des „Avenir Liberal“ nur dann seinen Namen hergeben, wenn zu gleicher Zeit die weit gefährlicheren radikalen Blätter „Rappel“, „Konstitution“ und „Radical“ unterdrückt würden.

Paris, 19. November. Gambetta beabsichtigt, vor Zusammentritt der Nationalversammlung die französischen Hauptstädte zu bereisen. Die Parteigenossen bereiten Festbanquette vor, bei denen die Nothwendigkeit, Neuwahlen zur Nationalversammlung auszusprechen, den Hauptgesprächstoff bilden dürfte.

Nach dem „Paris Journal“ trifft Graf Beust Donnerstag hier ein.

Berjailles, 19. November. Das sechste Kriegsgericht hat heute das Urtheil in der Untersuchungssache gegen die der Ermordung der Generale Lecomete und Thomas Angeklagten publizirt. Gegen sieben der Beschuldigten wurde auf Todesstrafe erkannt.

London, 20. November. Bei Liverpool sind zwei Schiffe, deren Namen noch nicht bekannt sind, in Folge eines Zusammenstoßes gesunken. Ueber den Verbleib der Mannschaften liegt vorläufig noch keine Nachricht vor. — Marineminister Childers ist hier eingetroffen. Derselbe ist von seiner Krankheit vollständig wiederhergestellt.

Madrid, 19. November. Am 30. d. wird aus Cadix ein Dampfer mit neuen Truppen nach Cuba abgehen. Die Gesamtsumme der bis jetzt dorthin zur Verstärkung abgeordneten Mannschaften ist auf 12,000 gestiegen. — Der Strike der Färber und Bäcker in Valencia dauert fort.

Der König hat nach einer Berathung mit den Präsidenten der beiden Kammern die Demission des Ministeriums nicht angenommen.

Kopenhagen, 20. November. Der König wird seine Reise nach dem Auslande morgen Abend antreten.

Belgrad, 19. November. Der bisherige Generalconsul des norddeutschen Bundes, Dr. Rosen, hat dem Fürsten in feierlicher Audienz seine Kreditiv überreicht, wodurch derselbe als Generalconsul des deutschen Reiches beglaubigt wird. Derselbe betonte in seiner Ansprache, daß er stets bemüht sein werde, zur Konsolidirung der guten Beziehungen zwischen Serbien und dem deutschen Reiche beizutragen. Nach der Audienz beim Fürsten stellte sich Dr. Rosen der Regentenschaft vor.

Zukarest, 19. November. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die Antwort auf die Thronrede genehmigt. Dieselbe ist durchaus loyal gehalten. Ferner wurde der Kammer der Entwurf einer Konvention vorgelegt, welche in der Eisenbahnfrage zwischen der Regierung und den durch die Häuser S. Bleichröder und der Genossenschaft zu Berlin vertretenen Inhabern von Eisenbahnobligationen abgeschlossen worden ist.

Konstantinopel, 19. November. General Ignatieff überreichte dem Sultan in besonderer Audienz ein eigenhändiges Schreiben des Czaren, und erhielt vom Sultan die Versicherung seiner besonderen Freundschaft für den Kaiser von Rußland.

Newyork, 19. November. Großfürst Alexis von Rußland ist heute hier eingetroffen. — Aus Mexiko wird von neuen bedeutenden Aufständen berichtet. — Aus Havanna geht die Meldung ein, daß der dortige schwedische Consul ausgewiesen sein soll.

Provinzielles.

Stettin, 21. November. Das Verdienstkreuz für Frauen und Jungfrauen haben aus unserer Provinz ferner erhalten: Frau Kaufmann Louise Manasse, Frau Rechts-Anwalt Masche, Frau Oberpräsident von Münchhausen, Frau Kaufmann Pischky und Fräulein Anna Pricelius, sämtlich hier, Fräulein Sophie v. Müller in Straßund, Frau Oberforstmeister Olberg zu Gölzin und Frau Beigeordnete Peters zu Anclam.

Gestern Nachmittag fand die feierliche Einweihung der vom Zimmermeister Ed. Schönborg vor dem Königsthor an der Eschenallee erbauten neuen geschmackvollen Turnhalle des Marienstifts-Gymnasiums statt. Die Feier, an welcher die Schüler mit ihren Lehrern theilnahmen und zu der die Halle mit Fahnen und Emblemen, sowie der vom Erbauer zum bleibenden Andenken geschenkten Büste Sr. Majestät des Kaisers geschmackvoll decorirt war, wurde mit dem Choral „Lobe den Herren“ und dem Turnerlied „Ich hab' mich ergeben“ eröffnet, wozu Herr Provinzial-Schulrath Dr. Wehrmann nach einer herzlichen Ansprache das neue Gebäude und den dazu gehörigen Turnplatz der Schule und somit seiner zukünftigen Bestimmung überwies. Nach dem Gesänge des Liedes „Turner zieh“ nahm Herr Direktor Heydemann das Wort, sprach dem Kuratorium des Gymnasiums für den neuen Beweis seiner Fürsorge Dank, sowie auch dem aus Gesundheitsrückichten von seinem Amte zurücktretenden langjährigen Leiter des städtischen Turnunterrichts, Herrn Briet, für seine fortgesetzten Bemühungen zur Förderung des Turnwesens besondere Anerkennung aus und stellte den Schülern Johann die Herren Müller und Dr. Röhl als ihre neuen Turnlehrer vor. Mit einem Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser und dem Gesänge des „Kaiserliedes“ schloß die feierliche Feier.

Dem Stadt-Sekretär a. D. Haase zu Stargard ist der Charakter als Kanzlei-Rath verliehen worden.

Se. Majestät der Kaiser hat mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordre vom 18. d. M. befohlen, daß sich die Armee an der am 26. November d. J. stattfindenden Todtenfeier in allen Garnisonen in möglichster Ausdehnung zu betheiligen hat. Sämtliche Offiziere legen an diesem Tage am linken Oberarm einen Trauerflor an. Alle Fahnen und Standarten der Linie und der Landwehr — mit einem Trauerflor behängt — werden von den Truppen überall mit in die Kirche gebracht und während des Gottesdienstes am Altar oder vor der Kanzel aufgestellt. In denjenigen Garnisonorten, in welchen Seitens der Civilbevölkerung eine kirchliche Gedächtnisfeier für die Verstorbenen am 26. November nicht begangen wird, soll ein entsprechender militärischer Gottesdienst für die Garnison abgehalten werden.

Die Gesellschaft des „Baltischen Lloyd“ beabsichtigt die Ausgabe neuer Aktien und zwar im Betrage von 1,350,000 Thlr., um drei neue Dampfer bauen lassen zu können. Wie aus Berlin gemeldet

wird, sollen die Aktien von einem Consortium dertiger Firmen bereits übernommen sein und dürften dieselben in kurzem schon zur Emission gelangen.

Der Mann, welcher sich, wie gestern gemeldet, am Sonnabend in seiner Wohnung erhängte, war nicht der Arbeiter, sondern der Haupt-Steuer-Amts-Assistent Böttcher. Derselbe hinterläßt eine Frau und ein Kind.

Ein sich für einen auswärtigen Schiffs-Kapitän ausgebender Mensch wußte vor einiger Zeit einem Kürschnermeister in Grabow a. D. einen Fuchspelz im Werthe von 30 Thlr. leichtweise abzuschwindeln, den er, wie später ermittelt, noch an demselben Abend für die Summe von 10 Thlr. bei einem dortigen Restaurateur verfestete. Bis jetzt ist es leider nicht gelungen, des Betrügers habhaft zu werden.

Greifswald, 20. November. Vor einigen Tagen erkrankte der frühere Brückenpächter Hartwig aus Stettin in öffentlicher Auktion die beiden Dampfer „Fortschritt“ und „Silda“, erbaut von der hiesigen Firma C. Kessler und Sohn, für den Preis von 2810 Thaler. Die Schiffe sollen für die Communication zwischen Stettin und Stolp mitbenutzt werden. Seit zehn Jahren haben diese kleinen Dampfer die Verbindung zwischen Greifswald und Byd-Gelena aufrecht erhalten, und das Publikum hat sich im Laufe der Jahre an diese Einrichtung so gewöhnt, daß die Veräußerung jetzt überall Unzufriedenheit erregt, da man fürchtet, daß wir mit der so lang bestandenen Verbindung nun zum nächsten Sommer aufs Trockene gesetzt sind. Landfuhrwerk dürfte auf die Dauer zu kostspielig werden, vielleicht findet sich aber noch ein auswärtiger Unternehmer für die in Rede stehende Dampfschiffsverbindung. Bei dieser Gelegenheit bemerken wir, daß wir auch früher eine direkte Verbindung zwischen hier und Putbus, resp. Lauterbach hatten. Der Dampfer wurde aber als nicht rentabel an die russische Regierung verkauft und seit Jahren wird diese Verbindung nun durch den Dampfer „Anclam“, Kapitän Ehrich, mit gutem Nutzen frequentirt. Ein geeigneter Dampfer für Personen- und Güterverkehr, der zum Frühjahr und Herbst gleichzeitig zum Schleppen für See ein- und auswärts gehende Schiffe u. benutzt wird, würde gewiß eine gute Revenue abwerfen.

Literarisches.

Ueber die von Julius Riez redirte Edition der sämtlichen Gesänge von Franz Schubert sagt die „Europa“: „Ein Unternehmen preisenswerthester Art ist vor Kurzem zur Vollständigkeit gediehen: die sämtlichen Gesänge für eine Singstimme mit Begleitung des Pianoforte von Franz Schubert, in der von J. Riez redirten und bei Bartholf Senff in Leipzig erschienenen Ausgabe. Früher nur elf Bände umfassend, ist, durch Aufnahme der ganzen Nachlassliedermasse und Sonzigen des unvergleichlichen Meisters, die Publikation nunmehr auf die stattliche Zahl von zwanzig Bänden gebracht worden, und liegen jetzt an Lieberr dreihundertsechzig, statt früher nur zweihundertsechzig, vor. Daß die Lieder alle auch einzeln (à 2 bis 5 Mgr.) statt in Bänden vereint (à 20 Mgr.) zu haben sind, und daß eine etwas theurere Prachtausgabe des Ganzen, sowie ein Band ausgewählter und beliebter Gesänge (dieser wiederum neben der billigeren in einer splendideren Ausgabe) zu Gebote steht — das Alles sind schon von früherher bekannte Einrichtungen, die nur beiläufig erwähnt sein mögen. Bekannt von früherher und auch schon genügend anerkannt sind ferner jene Haupteigenschaften der Senffschen Schubert-Edition: korrekteste Herstellung des Tonlichen und Textlichen und eine wahrhaft vornehme äußere Ausstattung nach allen Seiten hin — Umstände und Dinge, welche dieser Publikation, ganz abgesehen von ihrem innern des Ruhmens unbewertigten Werthe, einen hohen Rang unter den Erscheinungen unsrer Tage sichern und der Verlags-handlung einen belohnenden materiellen Erfolg wünschen lassen. Schließlich noch die Bemerkung, daß für noch näher Sich-Informirenwollende ein detaillirter Katalog erschienen ist.“

Das deutsche Heldenbuch hat sich so bekannt und berühmt gemacht, daß es überflüssig ist, seinem Namen eine weitere Bezeichnung beizufügen. Wir geben einfach Kunde vom Erscheinen der Hefte 9 und 10, die wieder eine erstaunliche Menge von Abbildungen enthalten, namentlich neue Serien Porträts von Offizieren aller Armecorps. Dieses unvergleichliche Prachtwerk über den deutsch-französischen Krieg wird mit 16 Hefen à 7½ Sgr. = 27 fr. S. bis Weihnachten vollendet sein.

Vermischtes.

Ein savoyisches Blatt berichtet, daß die Spielpächter von Baden-Baden dem Municipalrath von Mir-les-Bains großartige Anerbietungen gemacht hat, um daselbst eine Konzession für eine Spielbank zu erlangen. Er übernimmt die Bezahlung der ganzen Schuld des Ortes (750,000 Fres.), bezahlt der Gemeinde eine jährliche Rente von 150,000 Fres., stellt eine Wasserleitung vom See Bourget bis zu den Promenaden von Mir-les-Bains her, und verlangt für all das nichts als Spielfreiheit. Solchen Lockungen vermag ein savoy'scher Municipalrath nicht zu widerstehen, er hat einstimmig den Vorschlag genehmigt und betreibt nun die Einwilligung der Staatsbehörden. Diese letztere wird aber, nach französischem Gesetz, kaum erfolgen dürfen.

Qualitäts' Futter. 46—49 *R.*, Rod. 50—53 *R.*, Krüh
Futter 52 *R.* Gd.
Winterfräßen per 200 Pfd. und November 128
R. Gd.
Rübsöl fülle, loco per 200 Pfd. 23½ *R.* Br., per No-
vember 28½ *R.* Br., November-Dezember 27½ *R.* Br.,
¾ *R.* Gd., April-Mai 28½ *R.* Br. u. Gd.
☞ Spiritus feß, loco 100 Liter a 100 Prozent ohne
Fäß 22½, ¾ *R.* bez., per November 22½ *R.* Gd.,
per November-Dezember 21½ *R.* Gd., per Dezemb: Jan-
nuar u. Januar-Februar 21½ *R.* Br., ¼ Gd., Festjahr
22, 22½ *R.* bez.
Petroleum loco 6½, ½ *R.* bez. u. Br., per De-
zember 6½ *R.* Br., Januar 6½ *R.* Br
Angemeldet: 1000 Centner Weizen, 5000 Centner
Roggen.
Regulirungs-Preise: Weizen 81½ *R.*, Roggen
55½ *R.*, Rübsöl 28½ *R.*, Spiritus 22½.

[REDACTED]

4 Arten.